

Amtsblatt der Europäischen Union

L 219



Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

58. Jahrgang

20. August 2015

Inhalt

II Rechtsakte ohne Gesetzescharakter

VERORDNUNGEN

- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2015/1407 der Kommission vom 19. August 2015 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 170/2013 mit Übergangsmaßnahmen für den Zuckersektor wegen des Beitritts von Kroatien** 1
- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2015/1408 der Kommission vom 19. August 2015 zur Zulassung von DL-Methionyl-DL-Methionin als Zusatzstoff in Futtermitteln für Fische und Krebstiere ⁽¹⁾** 3
- Durchführungsverordnung (EU) 2015/1409 der Kommission vom 19. August 2015 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der für bestimmtes Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise 6

BESCHLÜSSE

- ★ **Council Decision (EU) 2015/1410 of 19 August 2015 giving notice to Greece to take measures for the deficit reduction judged necessary to remedy the situation of excessive deficit** 8
- ★ **Council Implementing Decision (EU) 2015/1411 of 19 August 2015 approving the macroeconomic adjustment programme of Greece** 12

RECHTSAKTE VON GREMIEN, DIE IM RAHMEN INTERNATIONALER ÜBEREINKÜNFTE EINGESETZT WURDEN

- ★ **Beschluss Nr. 1 des Ausschusses EU-Korea „Warenhandel“ vom 28. Mai 2015 zur Festlegung der Bestimmungen für die Verwaltung und Umsetzung von Zollkontingenten [2015/1412]** 17

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

II

(Rechtsakte ohne Gesetzescharakter)

VERORDNUNGEN

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2015/1407 DER KOMMISSION**vom 19. August 2015****zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 170/2013 mit Übergangsmaßnahmen für den Zuckersektor wegen des Beitritts von Kroatien**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über den Beitritt Kroatiens,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Kroatiens ⁽¹⁾, insbesondere auf die Artikel 41 und 16 in Verbindung mit Anhang IV Abschnitt 3 Buchstabe a Nummer 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 170/2013 der Kommission ⁽²⁾ werden Übergangsmaßnahmen für den Zuckersektor wegen des Beitritts von Kroatien zur Europäischen Union festgelegt. Kapitel II Abschnitt 2 dieser Verordnung betrifft die Feststellung und Beseitigung der in Kroatien zum Zeitpunkt des Beitritts vorhandenen Überschussmengen an Zucker. Darin werden insbesondere die Fristen für die Feststellung der Überschussmengen an Zucker, für ihre Beseitigung sowie für den von den betreffenden Marktteilnehmern in Kroatien zu erbringenden Nachweis der Beseitigung festgelegt. Außerdem werden in der Verordnung Referenzzeiträume festgelegt, die bei Nichtbeseitigung der Überschussmengen an Zucker zur Berechnung der von Kroatien zu entrichtenden Abgaben zugrunde gelegt werden.
- (2) Mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1345/2014 der Kommission ⁽³⁾ wurden die Überschussmengen an Zucker festgestellt, die in Kroatien vor dessen Beitritt eingelagert worden waren und die innerhalb der mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 170/2013 der Kommission, geändert durch die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 968/2014 der Kommission ⁽⁴⁾, festgesetzten Fristen auf Kosten Kroatiens vom EU-Markt genommen werden müssen.
- (3) Mit Schreiben vom 19. Mai 2015 hat Kroatien der Kommission mitgeteilt, dass es zwar seine Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass die von der Kommission festgestellten Überschussmengen an Zucker bis zum 30. September 2015 vom Markt genommen werden, nicht infrage stellt, es aber bei der Umsetzung der Verpflichtung, die betreffenden Marktteilnehmer zur Beseitigung jener Überschussmengen an Zucker zu bewegen, auf unvorhergesehene verfahrenstechnische Schwierigkeiten gestoßen ist und mehr Zeit benötigt wird, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Deshalb sollten die in der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 170/2013 vorgegebenen Fristen um sechs Monate verlängert werden.
- (4) Die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 170/2013 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (5) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte —

⁽¹⁾ ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 10.⁽²⁾ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 170/2013 der Kommission vom 25. Februar 2013 mit Übergangsmaßnahmen für den Zuckersektor wegen des Beitritts von Kroatien (ABl. L 55 vom 27.2.2013, S. 1).⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1345/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2014 über die Feststellung der Überschussmengen an Zucker, Isoglucose und Fructose für Kroatien (ABl. L 363 vom 18.12.2014, S. 80).⁽⁴⁾ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 968/2014 der Kommission vom 12. September 2014 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 170/2013 mit Übergangsmaßnahmen für den Zuckersektor wegen des Beitritts von Kroatien (ABl. L 272 vom 13.9.2014, S. 6).

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 170/2013 wird wie folgt geändert:

- (1) In Artikel 9 Absatz 1 wird das Datum „30. September 2015“ durch „31. März 2016“ ersetzt.
- (2) Artikel 10 wird wie folgt geändert:
 - a) Das Datum „30. September 2015“ wird durch das Datum „31. März 2016“ ersetzt;
 - b) das Datum „31. Mai 2016“ wird durch das Datum „30. November 2016“ ersetzt.
- (3) Artikel 11 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird das Datum „31. Dezember 2015“ durch das Datum „30. Juni 2016“ ersetzt;
 - b) in Absatz 2 Unterabsatz 4 wird das Datum „30. September 2015“ durch „31. März 2016“ ersetzt.
- (4) Artikel 12 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird das Datum „31. Januar 2016“ durch das Datum „31. Juli 2016“ ersetzt;
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - i) In Unterabsatz 1 wird das Datum „30. September 2015“ durch „31. März 2016“ ersetzt;
 - ii) in Unterabsatz 2 wird das Datum „31. Mai 2016“ durch „30. November 2016“ ersetzt;
 - iii) in Unterabsatz 3 wird das Datum „31. März 2016“ durch „30. September 2016“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. August 2015

Für die Kommission
Der Präsident
Jean-Claude JUNCKER

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2015/1408 DER KOMMISSION
vom 19. August 2015
zur Zulassung von DL-Methionyl-DL-Methionin als Zusatzstoff in Futtermitteln für Fische und
Krebstiere
(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 regelt die Zulassung von Zusatzstoffen zur Verwendung in der Tierernährung sowie die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung einer solchen Zulassung.
- (2) Es wurde ein Antrag gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 auf Zulassung von DL-Methionyl-DL-Methionin als Futtermittelzusatzstoff gestellt. Dem Antrag waren die gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigelegt.
- (3) Der Antrag betrifft die Zulassung von DL-Methionyl-DL-Methionin, das in die Zusatzstoffkategorie „ernährungsphysiologische Zusatzstoffe“ einzuordnen ist, als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Wassertierarten.
- (4) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit („die Behörde“) zog in ihrem Gutachten vom 27. Januar 2015 ⁽²⁾ den Schluss, dass DL-Methionyl-DL-Methionin unter den vorgeschlagenen Verwendungsbedingungen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder auf die Umwelt hat und dass es als wirksame Quelle der Aminosäure L-Methionin bei Fischen und Krebstieren gelten kann. Besondere Vorgaben für die Überwachung nach dem Inverkehrbringen hält die Behörde nicht für erforderlich. Sie hat außerdem den Bericht über die Methode zur Analyse des Futtermittelzusatzstoffs in Futtermitteln geprüft, den das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor vorgelegt hat.
- (5) Die Bewertung von DL-Methionyl-DL-Methionin hat ergeben, dass die Bedingungen für die Zulassung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllt sind. Daher sollte die Verwendung dieses Stoffs gemäß den Angaben im Anhang der vorliegenden Verordnung zugelassen werden.
- (6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der im Anhang genannte Stoff, der der Zusatzstoffkategorie „ernährungsphysiologische Zusatzstoffe“ und der Funktionsgruppe „Aminosäuren, deren Salze und Analoge“ angehört, wird unter den ebenfalls im Anhang aufgeführten Bedingungen als Zusatzstoff in der Tierernährung zugelassen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.

⁽²⁾ EFSA Journal 2015;13(2):4012.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. August 2015

Für die Kommission

Der Präsident

Jean-Claude JUNCKER

Kenn- nummer des Zusatzstoffs	Name des Zulassungs- inhabers	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tier- kategorie	Höchst- alter	Mindestge- halt	Höchstge- halt	Sonstige Bestim- mungen	Geltungsdauer der Zulassung
						mg/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeits- gehalt von 12 %			
Kategorie: ernährungsphysiologische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Aminosäuren, deren Salze und Analoge.									
3c306	—	DL-Methionyl- DL-Methionin	<i>Zusammensetzung des Zusatzstoffs</i> Chemisch synthetisiertes, kristallines Pulver mit einem Mindestgehalt von 93 % DL-Methionyl-DL-Methionin, einem Höchstgehalt von 3 % DL-Methionin und einem Höchstgehalt von 3 % Natriumsulfat (in der Trockensubstanz) <i>Charakterisierung des Wirkstoffs</i> DL-Methionyl-DL-Methionin (2-[(2-Amino-4-methylsulfanylbutanoyl)amino]-4-methylsulfanylbuttersäure) Chemische Formel: C₁₀H₂₀N₂O₃S₂ CAS-Nummer: 52715-93-2 <i>Analysemethode ⁽¹⁾</i> Quantifizierung von DL-Methionyl-DL-Methionin im Futtermittelzusatzstoff: Umkehrphasen-Hochleistungsflüssigkeitschromatografie in Verbindung mit fotometrischer Detektion bei 205 nm (RP-HPLC-UV) Quantifizierung von DL-Methionyl-DL-Methionin in Vormischungen, Mischfuttermitteln und Futtermittelaustragserzeugnissen: Ionenaustauschchromatografie in Verbindung mit Nachsäulenderivatisierung und fotometrischer Detektion bei 570 nm (IEC-UV)	Fische und Krebstiere	—			Auf der Etikettierung ist der Feuchtigkeitsgehalt anzugeben.	9. September 2025

⁽¹⁾ Nähere Informationen zu den Analysemethoden unter folgender Internetadresse des Referenzlabors: <https://ec.europa.eu/jrc/en/eurl/feed-additives/evaluation-reports>

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2015/1409 DER KOMMISSION**vom 19. August 2015****zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der für bestimmtes Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 ⁽¹⁾,gestützt auf die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission vom 7. Juni 2011 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates für die Sektoren Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 136 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 für die in ihrem Anhang XVI Teil A aufgeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.
- (2) Gemäß Artikel 136 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 wird der pauschale Einfuhrwert an jedem Arbeitstag unter Berücksichtigung variabler Tageswerte berechnet. Die vorliegende Verordnung sollte daher am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 136 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind im Anhang der vorliegenden Verordnung festgesetzt.

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. August 2015

Für die Kommission,
im Namen des Präsidenten,
Jerzy PLEWA

Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung⁽¹⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671.⁽²⁾ ABl. L 157 vom 15.6.2011, S. 1.

ANHANG

Pauschale Einfuhrwerte für die Bestimmung der für bestimmtes Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(EUR/100 kg)		
KN-Code	Drittland-Code ⁽¹⁾	Pauschaler Einfuhrwert
0702 00 00	MA	164,5
	MK	51,2
	ZZ	107,9
0709 93 10	TR	131,0
	ZZ	131,0
0805 50 10	AR	143,0
	BO	154,5
	CL	163,3
	UY	153,9
	ZA	153,7
	ZZ	153,7
0806 10 10	EG	253,2
	IL	390,7
	TR	166,5
	US	339,9
	ZZ	283,1
0808 10 80	AR	122,9
	BR	92,7
	CL	124,5
	NZ	146,7
	US	109,0
	UY	141,9
	ZA	120,2
	ZZ	122,6
0808 30 90	AR	136,4
	CL	152,7
	CN	85,3
	NZ	108,4
	TR	136,3
	ZA	111,8
	ZZ	121,8
0809 30 10, 0809 30 90	MK	69,5
	TR	131,7
	ZZ	100,6
0809 40 05	BA	44,3
	IL	99,6
	MK	36,8
	XS	57,7
	ZZ	59,6

⁽¹⁾ Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1106/2012 der Kommission vom 27. November 2012 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 471/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken des Außenhandels mit Drittländern hinsichtlich der Aktualisierung des Verzeichnisses der Länder und Gebiete (ABl. L 328 vom 28.11.2012, S. 7). Der Code „ZZ“ steht für „Andere Ursprünge“.

BESCHLÜSSE

COUNCIL DECISION (EU) 2015/1410

of 19 August 2015

giving notice to Greece to take measures for the deficit reduction judged necessary to remedy the situation of excessive deficit

THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,

Having regard to the Treaty on the Functioning of the European Union, and in particular Article 126(9) thereof,

Having regard to the recommendation from the European Commission,

Whereas:

- (1) Article 126 of the Treaty on the Functioning of the European Union ("TFEU") establishes that Member States are to avoid excessive government deficits and sets out the excessive deficit procedure to that effect. The Stability and Growth Pact, which in its corrective arm implements the excessive deficit procedure, provides the framework supporting government policies for a prompt return to sound budgetary positions taking account of the economic situation.
- (2) On 27 April 2009, the Council decided, in accordance with Article 104(6) of the Treaty establishing the European Community that an excessive deficit existed in Greece.
- (3) On 10 May 2010, the Council adopted Decision 2010/320/EU ⁽¹⁾ addressed to Greece under Article 126(9) and Article 136 TFEU with a view to reinforcing and deepening the fiscal surveillance and giving notice to take measures for the deficit reduction judged necessary to remedy the situation of excessive deficit at the latest by the deadline of 2014. The Council established 2014 as the deadline for correcting the situation of excessive deficit, and annual targets for the government deficit.
- (4) Council Decision No 2010/320/EU was substantially amended several times. Since further amendments were to be made, it was recast, on 12 July 2011, by Council Decision 2011/734/EU of 12 July 2011 addressed to Greece with a view to reinforcing and deepening fiscal surveillance and giving notice to Greece to take measures for the deficit reduction judged necessary to remedy the situation of excessive deficit ⁽²⁾ in the interest of clarity. Subsequently, that Decision was significantly amended several times between 8 July 2011 and December 2012 ⁽³⁾.
- (5) The very severe deterioration of the financial situation of Greece has led euro area Member States to decide to provide it stability support, with a view to safeguarding the financial stability of the euro area as a whole, in conjunction with multilateral assistance provided by the International Monetary Fund. From May 2010 to June 2015, support provided by the euro area Member States took the form of both a bilateral Greek Loan Facility and a loan from the European Financial Stability Facility ('EFSF'). The lenders' support was accompanied by extensive policy conditionality, including the respect by Greece of Council Decision 2011/734/EU and subsequent amendments thereto.
- (6) On 8 July 2015, Greece requested financial assistance from the European Stability Mechanism ('ESM') in the form of a three-year loan, and on 12 July 2015 an agreement in principle was reached on the provision of a loan of the amount of up to EUR 86 000 million to Greece. On 17 July, the ESM Board of Governors entrusted the

⁽¹⁾ OJ L 145, 11.6.2010, p. 6.

⁽²⁾ OJ L 296, 15.11.2011, p. 38.

⁽³⁾ Council Decision 2011/791/EU of 8 November 2011 (OJ L 320, 3.12.2011, p. 28), Council Decision 2012/211/EU of 13 March 2012 (OJ L 113, 25.4.2012, p. 8), Council Decision 2013/6/EU of 4 December 2012 (OJ L 4, 9.1.2013, p. 40).

European Commission, in liaison with the European Central Bank, and with the International Monetary Fund, with the task of negotiating a Memorandum of Understanding ('MoU') detailing the policy conditionality for a financial assistance facility covering the period 2015-2018 in accordance with Article 13(3) of the ESM Treaty.

- (7) In accordance with Regulation (EU) No 472/2013 of the European Parliament and of the Council of 21 May 2013 on the strengthening of economic and budgetary surveillance of Member States in the euro area experiencing or threatened with serious difficulties with respect to their financial stability ⁽¹⁾, and in particular Article 7 thereof, a Member State requesting financial assistance from the ESM must prepare a macroeconomic adjustment programme ('the Programme') for approval by the Council. Such a programme should ensure the adoption of a set of reforms needed to improve the sustainability of public finances and the regulatory environment.
- (8) The Programme prepared by Greece was approved by Council Implementing Decision (EU) 2015/1411 ⁽²⁾.
- (9) Article 10(2)(b) of Regulation (EU) No 472/2013 also establishes that, in case a Member State subject to a macroeconomic adjustment programme under Article 7 of that Regulation is also subject to a decision under 126(9) TFEU for the correction of its excessive deficit, the annual budgetary targets in its macroeconomic adjustment programme shall be integrated into the decision to give notice under Article 5(1) of Regulation (EC) No 1467/97 of 7 July 1997 on speeding up and clarifying the implementation of the excessive deficit procedure ⁽³⁾; in addition, the measures conducive to those targets in the macroeconomic adjustment programme shall also be integrated into the decision to give notice in accordance with Article 5(1) of Regulation (EC) No 1467/97. Article 10(2)(a) of Regulation (EU) No 472/2013 further establishes that the Member State shall be exempt from submitting reports under Article 5(1) of Regulation (EC) No 1467/97. Finally, Article 10(2)(c) of Regulation (EU) No 472/2013 establishes that the monitoring shall be undertaken as provided for by Article 7(4) of that Regulation and the Member State shall be exempt from monitoring under Article 10(1) and Article 10a of Regulation (EC) No 1467/97 and from monitoring underlying any decision under Article 6(2) of that Regulation.
- (10) Economic activity in Greece is currently projected to be much weaker than was expected when the latest amendment to Council Decision 2011/734/EU was adopted in December 2012. Both real and nominal GDP are expected to be at much lower levels in 2015 and 2016 than was expected in the 2015 Spring Forecast of the Commission, due to policy uncertainty, lack of implementation of reforms, a shortfall in government revenues, bank holidays, and the imposition of capital controls. The Commission updated its forecast for GDP growth in August 2015, as needed to underpin the negotiations for the MoU required for an ESM programme. According to this forecast, real GDP in 2015-2016 is projected to contract by 2,3 % and 1,3 % respectively, (against a positive growth of 0,5 % and 2,9 % in the 2015 Spring Forecast for the corresponding years), before growing by 2,7 % in 2017 and 3,1 % in 2018. This marked worsening of the economic scenario in 2015-2016 implies a corresponding deterioration of the outlook for public finances given unchanged policies.
- (11) Greece is estimated to have improved its structural deficit by 16 percentage points of GDP from a 15,2 % deficit in 2009 to an estimated 1 % surplus in 2014, thus ensuring an improvement in the structural balance in 2009-2014, which is significantly larger than the requirement of at least 10 percentage points of GDP over the period recommended by the Council. In 2014, the general government deficit reached 3,5 % of GDP, clearly within the 4,5 % of GDP government deficit (ESA2010 basis) ceiling for 2014 established by the Council Decision. However, the primary balance outturn of 0,4 % of GDP was substantially weaker than expected and undershot the target set at 1,5 % of GDP due to a combination of factors including the reversal in the economic cycle and the related negative impact on budget revenues, the relaxation of fiscal policy and increased economic uncertainty. The weakening macroeconomic environment accompanied with expiring temporary fiscal measures in 2015 have, however, made it impossible to achieve the primary balance target of 3 % of GDP in 2015 envisaged in the latest amendment to Decision 2011/734/EU adopted in December 2012. The fiscal targets have, therefore, been revised down substantially, taking into account the macroeconomic circumstances and the current fiscal situation, to avoid overtightening fiscal policy in the short term.
- (12) Greece will accordingly pursue a new fiscal path, premised on primary surplus targets of – 0,25, 0,5, 1,75, and 3,5 % of GDP in 2015, 2016, 2017 and 2018 and beyond, respectively. The trajectory of the fiscal targets is consistent with the expected growth rates of the Greek economy as it recovers from its deepest recorded recession. The revised path means that the general government budget deficit will fall below 3 % of GDP in 2017.

⁽¹⁾ OJ L 140, 27.5.2013, p. 1.

⁽²⁾ See page 12 of this Official Journal.

⁽³⁾ OJ L 209, 2.8.1997, p. 6.

- (13) Under the Commission services' update of the forecast for nominal GDP growth, the primary general government balance is projected to attain a deficit of EUR 7 631 million (4,4 % of GDP) in 2015, a deficit of EUR 6 166 million (3,6 % of GDP) in 2016, a deficit of EUR 4 089 million (2,3 % of GDP) in 2017 and a deficit of EUR 753 million (0,4 % of GDP) in 2018.
- (14) The budget for 2016 to be adopted by the Greek parliament forms part of the Medium-Term Fiscal Strategy (MTFS) 2016-2019, with the aim to deliver a sizeable and front-loaded fiscal consolidation bringing savings of more than EUR 6 900 million, close to 4 % of GDP.
- (15) The failure to complete the final EFSF programme review, the missed debt service payments, the expiration of the EFSF programme and the introduction of capital controls have created new circumstances that have led to a further strong deterioration in debt sustainability. This is due to lower growth estimates, a downward revision of the primary surplus targets, a downward revision of privatisation receipts, a strong deterioration in the financing needs of the banking sector following the imposition of capital controls, the need for a higher clearance of arrears following the liquidity shortage experienced by the sovereign and valuation effects due to the depreciation of the euro with respect to the SDR. As a result of these developments debt-to-GDP is expected to reach 198,3 % in 2016, before decreasing to 169,3 % in 2020, 154,5 % in 2022 and 115,9 % in 2030 in the baseline scenario.
- (16) Taking into account those developments, the adjustment path towards the correction of the excessive deficit needs to be updated. The commitment undertaken by Greece concerns not only the fiscal consolidation measures, but also those measures needed to enhance the growth-friendly nature and to minimise any negative social impact.
- (17) Each measure required by Council Implementing Decision (EU) 2015/1411 is instrumental in achieving the required budgetary adjustment. Some measures have a direct impact on the budgetary situation of Greece while the others are structural measures that will result in improved fiscal governance and a sounder budgetary situation in the medium term.
- (18) In light of the above considerations, it appears necessary to revise the previous annual budgetary targets and the measures conducive to those targets. The new annual budgetary targets and measures conducive to those targets are those contained in Council Implementing Decision (EU) 2015/1411,

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Article 1

1. Greece shall put an end to the present excessive deficit situation as rapidly as possible, and at the latest, by 2017.
2. The adjustment path towards the correction of the excessive deficit shall aim to meet the annual general-government-deficit targets, as laid down in Council Implementing Decision (EU) 2015/1411 and will be based on primary surplus targets of - 0,25, 0,5, 1,75, and 3,5 % of GDP in 2015, 2016, 2017 and 2018 and beyond, respectively. The trajectory of the fiscal targets is consistent with expected growth rates of the Greek economy as it recovers from its deepest recorded recession. The revised path means that the general government budget deficit will fall below 3 % of GDP in 2017.
3. Greece shall adopt and fully implement all fiscal, economic and structural adjustment measures incorporated in the economic and financial adjustment programme as approved by Council Implementing Decision (EU) 2015/1411.
4. Greece shall stand ready to adopt further measures if risks to the budgetary plans materialise. Budgetary consolidation measures shall secure a lasting improvement in the general government structural balance in a growth-friendly manner.

Article 2

This Decision shall take effect on the day of its notification.

Article 3

This Decision is addressed to the Hellenic Republic.

Done at Brussels, 19 August 2015.

For the Council
The President
J. ASSELBORN

COUNCIL IMPLEMENTING DECISION (EU) 2015/1411
of 19 August 2015
approving the macroeconomic adjustment programme of Greece

THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,

Having regard to the Treaty on the Functioning of the European Union,

Having regard to Regulation (EU) No 472/2013 of the European Parliament and of the Council of 21 May 2013 on the strengthening of economic and budgetary surveillance of Member States in the euro area experiencing or threatened with serious difficulties with respect to their financial stability ⁽¹⁾, and in particular Article 7(2) thereof,

Having regard to the proposal from the European Commission,

Whereas:

- (1) Article 136(1) of the Treaty on the Functioning of the European Union ("TFEU") foresees the possibility of adopting measures specific to Member States whose currency is the euro in order to ensure the proper functioning of economic and monetary union.
- (2) Since 2010, Greece has been granted financial assistance by the Member States and the International Monetary Fund ('IMF'). A first Economic Adjustment Programme for Greece was been agreed on 2 May 2010: the euro area Member States agreed to provide bilateral loans, pooled by the European Commission, for a total amount of EUR 80 000 million to be disbursed over the period May 2010 through June 2013 and the IMF committing additional EUR 30 000 million under a stand-by arrangement. The Second Economic Adjustment Programme for Greece was approved on 14 March 2012. The euro area Member States and the IMF committed the undisbursed amounts of the first programme plus an additional EUR 130 000 million for the years 2012-2014. Whereas the financing of the first programme was based on bilateral loans, it was agreed that — on the side of euro area Member States — the second programme would be financed by the European Financial Stability Facility ('EFSF'), which had been fully operational since August 2010. In total, the second programme foresaw financial assistance of EUR 164 500 million until the end of 2014 (the period was later extended until the end of June 2015). Of that sum, the euro area commitment amounts to EUR 144 700 million to be provided via the EFSF, while the IMF contributed EUR 19 800 million, as part of a four-year EUR 28 000 million arrangement under the Extended Fund Facility for Greece that the IMF approved in March 2012.
- (3) On 8 July 2015, in view of the ongoing severe economic and financial disturbance, the Greek authorities requested financial assistance from the European Stability Mechanism ('ESM') in order to ensure a properly-functioning Greek banking system, to meet Greece's debt obligations, to support the return of Greece's economy to sustainable growth and safeguard financial stability of the euro area and of its Member States.
- (4) Pursuant to Article 13(1) of the ESM Treaty, and to form the basis for a decision of the ESM Board of Governors, in line with Article 13(2) thereof, whether to grant, in principle, stability support to Greece in the form of a loan, on 8 July 2015 the Chairperson of the ESM Board of Governors entrusted the European Commission, in liaison with the European Central Bank ('ECB'), with assessing the existence of a risk to the financial stability of the euro area as a whole or its Member States; assessing, together with the IMF, whether public debt is sustainable; and estimating the actual or potential financing needs of Greece.
- (5) In compliance with Article 13 of the ESM Treaty, the European Commission, in liaison with the ECB, and with input from IMF staff, completed those assessments on 10 July 2015, concluding that conditions for the financial support for Greece, to be provided in the form of an ESM loan, are in place. The financing needs were estimated to be up to EUR 86 000 million.
- (6) On 17 July 2015, Greece was granted EUR 7 160 million short-term financial assistance under the European Financial Stabilisation Mechanism ('EFSM'), by Council Implementing Decision (EU) 2015/1181 ⁽²⁾, for facing July 2015 repayment obligations and settling its arrears to the IMF. The assistance was disbursed in one instalment on 20 July 2015, and was linked to economic policy conditionality. The ESM assistance will be used, inter alia, to repay that short-term EFSM bridge loan.

⁽¹⁾ OJ L 140, 27.5.2013, p. 1.

⁽²⁾ OJ L 192, 18.7.2015, p. 15.

- (7) On 16 July 2015, the ESM Board of Governors invited the Commission, in liaison with the ECB, the ESM, the Greek authorities, and, where appropriate, the IMF, to agree on a macroeconomic adjustment programme for Greece. The programme was prepared in accordance with the procedure provided for under Article 7(1) of Regulation (EU) No 472/2013. On 11 August 2015, those institutions reached an agreement at technical level on a macroeconomic adjustment programme (the 'Programme') with the Greek Government. The Programme submitted by Greece to the Commission and the Council aims at ensuring the adoption of a set of reforms needed to improve the sustainability of public finances, as well as to ensure financial stability and to promote growth, employment, and social fairness.
- (8) Following that agreement, Greece should adopt a comprehensive policy package, to be implemented in a three-year macroeconomic adjustment programme which would span from the third quarter of 2015 to the third quarter of 2018.
- (9) The comprehensive policy package, to be laid down in an ESM Memorandum of Understanding on Specific Economic Policy Conditionality (the 'Memorandum of Understanding'), should aim at restoring financial market confidence, re-establishing sound macroeconomic balances and enabling the economy to return to sustainable growth. It should be structured on four pillars: restoring fiscal sustainability, safeguarding financial stability, enhancing competitiveness and growth, and modernising the state and the public administration.
- (10) The Commission services updated their forecast for nominal GDP growth in August 2015, as needed to underpin the negotiations for the ESM programme. Under this forecast, which centres around a nominal GDP growth rate of – 3,2 % in 2015, – 0,7 % in 2016, 3,4 % in 2017, 4,1 % in 2018 and 4,2 % in 2019, the debt-to-GDP ratio would amount to 196,3 % in 2015, 200,9 % in 2016, 198,6 % in 2017, 190,7 % in 2018 and 182,3 % in 2019. The debt-to-GDP ratio would therefore increase until 2016 and move to a declining path thereafter, reaching an estimated 174,5 % in 2020, with debt dynamics affected by several below-the-line operations. Under the Commission services' update of the forecast for nominal GDP growth, the primary general government balance is projected to attain a deficit of EUR 7 631 million (4,4 % of GDP) in 2015, a deficit of EUR 6 166 million (3,6 % of GDP) in 2016, a deficit of EUR 4 089 million (2,3 % of GDP) in 2017 and a deficit of EUR 753 million (0,4 % of GDP) in 2018.
- (11) The authorities will pursue a new fiscal path premised on primary surplus targets of – 0,25, 0,5, 1,75, and 3,5 % of GDP in 2015, 2016, 2017 and 2018 and beyond, respectively. The trajectory of the fiscal targets is consistent with expected growth rates of the Greek economy as it recovers from its deepest recorded recession.
- (12) Enhancing the long-term resilience of the Greek banking sector is critical to restoring financial stability in Greece and to preserving financial stability in the euro area as a whole. To preserve the liquidity of the Greek banking sector, temporary administrative measures were imposed, including capital controls.
- (13) The implementation of comprehensive and ambitious reforms in financial, fiscal and structural areas should safeguard the medium-term sustainability of the Greek public debt.
- (14) The Commission, in liaison with the ECB and, where appropriate, the IMF, should verify at regular intervals the rigorous implementation of Greece's Programme through missions and regular reporting, on a quarterly basis, by the Greek authorities.
- (15) Throughout the implementation of Greece's comprehensive policy package, the Commission should provide additional policy advice and technical assistance in specific areas.
- (16) The Greek authorities should involve, in accordance with current national rules and practices, the social partners and civil society organisations in the preparation, implementation, monitoring and evaluation of the Programme.
- (17) Any form of financial assistance received by Greece to help it implement the policies under its Programme should be in line with the legal requirements and policies of the Union, in particular the Union's economic governance framework. Any intervention in support of financial institutions should be carried out in accordance with the Union's rules on competition. The Commission should ensure that any measures laid down in a Memorandum of Understanding in the context of requested ESM financial assistance are fully consistent with this Decision,

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Article 1

1. In order to facilitate the return of the Greek economy to a path of sustainable growth and to fiscal and financial stability, Greece shall rigorously implement the Programme, the main elements of which are laid down in Article 2 of this Decision. The Programme shall address the specific risks emanating from Greece for the financial stability of the euro area and shall aim to rapidly re-establish a sound and sustainable economic and financial situation in Greece and restore its capacity to finance itself fully on the international financial markets. The Programme shall take due account of the Council recommendations addressed to Greece under Articles 121, 126, 136 and 148 TFEU as well as Greece's actions to comply with them, while aiming to broaden, strengthen and deepen the policy measures required.

2. The Commission, in liaison with the ECB and, where appropriate, the IMF, shall monitor Greece's progress in implementing its Programme. Greece shall give the Commission and the ECB its full cooperation. It shall, in particular, provide them with all the information that they deem necessary for the monitoring of the Programme.

3. The Commission, in liaison with the ECB and, where appropriate, the IMF, shall examine with the Greek authorities any changes and updates to the Programme that may be needed in order to take proper account of, inter alia, any significant gap between macroeconomic and fiscal forecasts and realised figures, negative spillover effects, as well as macroeconomic and financial shocks.

In order to ensure the smooth implementation of the Programme and to help the correction of imbalances in a sustainable way, the Commission shall provide continued advice and guidance on fiscal, financial market and structural reforms.

The Commission shall at regular intervals assess the economic impact of the Programme and shall recommend necessary corrections with a view to enhancing growth and job creation, securing the necessary fiscal consolidation, and minimising harmful social impacts.

Article 2

1. The key objectives of the Programme shall be: restoring fiscal sustainability, safeguarding financial stability, enhancing competitiveness and growth, and modernising the state and the public administration.

2. Greece shall pursue fiscal consolidation by means of high-quality permanent measures while minimising the impact on disadvantaged people. The Greek authorities commit to ensuring sustainable public finances and achieve sizeable and sustainable primary surpluses over the medium-term that will reduce the debt-to-GDP ratio steadily. The authorities shall accordingly pursue a new fiscal path premised on primary surplus targets of – 0,25, 0,5, 1,75, and 3,5 per cent of GDP in 2015, 2016, 2017 and 2018 and beyond, respectively. Greece shall target a medium-term primary surplus of 3,5 % of GDP to be achieved through a combination of upfront parametric fiscal reforms, including to its VAT and pension system, supported by an ambitious programme to strengthen tax compliance and public financial management, and fight tax evasion, while ensuring adequate protection of vulnerable groups. In addition to the measures above, the authorities commit to legislate in October 2015 credible structural measures yielding at least 0,75 % of GDP coming into effect in 2017 and 0,25 % of GDP coming into effect in 2018 to support the achievement of the medium-term primary balance target of 3,5 % of GDP. The authorities commit to take further structural measures in October 2016, if needed to secure the 2017 and 2018 targets. Those would include containing defence expenditure, the planned personal income tax reform and freezing statutory spending. Parametric fiscal measures shall be bolstered by a wide range of administrative actions to address shortfalls in tax collection and enforcement. The Greek Government shall monitor fiscal risks, including court rulings, and shall take offsetting measures as needed to meet the fiscal targets. The authorities intend to transfer at least 30 % of any over-performance to the segregated account earmarked for debt reduction. In addition, another 30 % of the over-performance would be used for clearing unpaid government obligations linked to the past.

3. Greece shall adopt the measures specified below:

- (i) take measures in the short term to raise revenues and to target and contain expenditure. Among the measures to raise revenue, Greece shall gradually abolish the refund of excise tax on diesel oil for farmers and increase the tonnage tax. The authorities shall take actions to launch the 2015 property tax (ENFIA) exercise in order to issue

bills in October 2015 with the final instalment due in February 2016. They shall also correct identified issues with the revenue measures recently implemented. The authorities also committed to target and contain expenditure by reducing the cost of healthcare and launching the comprehensive social welfare review. The package includes further measures with budgetary impact, such as public administration reforms, reforms addressing shortfalls in tax collection enforcement, and other parametric measures;

- (ii) to demonstrate its commitment to credible fiscal policies, adopt in October 2015, a supplementary 2015 budget as needed, the draft 2016 budget and a 2016-2019 Medium-Term Fiscal Strategy, supported by a sizable and credible package of parametric measures and structural fiscal reforms;
- (iii) enact reforms of both direct and indirect taxation to improve efficiency, collectability and boost labour supply. To break from past practice and improve the tax and social security payment culture, the Government shall take strong action to improve collection, and neither introduce new instalment or other amnesty or settlement schemes nor extend existing schemes;
- (iv) continue reforms that aim at improving the budget process and expenditure controls, clearing arrears, and strengthening budget reporting and cash management. The Government is committed to making the Fiscal Council operational;
- (v) take further action in the area of public procurement to increase efficiency and transparency of the Greek public procurement system, prevent misconduct, and ensure more accountability and control. Policies will be agreed with the European Commission, which shall assist with the implementation of an action plan;
- (vi) implement fully the existing reforms and also proceed with further reforms to strengthen long-term sustainability, targeting savings of around 0,25 % of GDP in 2015 and around 1 % of GDP by 2016. The package inter alia aims to create strong disincentives for early retirement through increasing early retirement penalties and by the gradual elimination of the grandfathering of rights to retire before the statutory retirement age;
- (vii) continue reforming the healthcare sector, controlling public expenditure, managing prices of pharmaceuticals, improve hospital management, increase centralised procurement of hospital supplies, manage demand for pharmaceuticals and health care through evidence-based e-prescription protocols, commission private sector healthcare providers in a cost-effective manner, modernise IT systems, developing a new electronic referral system for primary and secondary care that allows the formulation of care pathways for patients;
- (viii) adopt by March 2016 a further series of guaranteed employment support schemes with individualised active labour market measures for participants, using local partnerships, involving the private and social economy sectors and ensuring the efficient and effective use of the resources available.

Achieving a fairer society will require that Greece improve the design of its welfare system, so that there is a genuine social safety net which targets scarce resources at those in most need. The authorities plan to benefit from available technical assistance from international organisations for the social welfare review and for the guaranteed minimum income implementation.

4. To safeguard financial stability, Greece shall immediately take steps to tackle Non-Performing Loans (NPLs) and restore liquidity and capital in the banking system. A recapitalisation process of banks should be completed before the end of 2015, which shall be accompanied by concomitant measures to strengthen the governance of the Hellenic Financial Stability Fund (HFSF) and of banks. Further measures involve the resolution of Non-Performing Loans (NPLs) and the governance of the HFSF and of banks.

5. To promote growth, competitiveness and investment, Greece shall design and implement a wide range of reforms in labour markets and product markets (including energy) that not only ensure full compliance with European Union requirements, but also aim at achieving European best practices. More open markets are essential to create economic opportunities and improve social fairness, by curtailing rent-seeking and monopolistic behaviour, which has translated into higher prices and lower living standards. In line with their growth strategy, the authorities shall intensify their efforts to bring key initiatives and reform proposals to fruition as well as enrich the agenda with further ambitious reforms that shall support the country's return to sustainable growth, attract investments and create jobs.

6. The Greek energy markets need wide-ranging reforms to bring them in line with Union legislation and policies, make them more modern and competitive, reduce monopolistic rents and inefficiencies, promote innovation, favour the wider adoption of renewables and gas, and ensure the transfer of benefits of all these changes to consumers. The authorities shall adopt the reform of the gas market and its specific roadmap, leading inter alia to full eligibility to switch supplier for all customers by 2018, and notify the reformed capacity payments system (including a temporary and a permanent mechanism) and New Organisation of Markets in Electricity products to the Commission. In any case, by 2020 no undertaking shall be permitted to produce or import, directly or indirectly, more than 50 % of total electricity produced and imported in Greece.

7. There shall be an ambitious privatisation programme and policies which support investment. The Government commits to facilitate the privatisation process and complete all needed Government actions to allow tenders to be executed successfully. In this respect the Government shall complete all actions needed as agreed on a quarterly basis between the Hellenic Republic Asset Development Fund ('HRADF'), the institutions and the Government. The List of Government Pending Actions has been approved by the Board of Directors of the HRADF. In line with the statement of the Euro Summit of 12 July 2015, a new independent fund (the 'Fund') shall be established and have in its possession valuable Greek assets. The overarching objective of the Fund is to manage valuable Greek assets; and to protect, create and ultimately maximise their value which it shall monetise through privatisations and other means.

8. A modern state and public administration shall be a key priority of the Programme. Particular attention shall be paid to increasing the efficiency of the public sector in the delivery of essential public goods and services. Measures shall be taken to enhance the efficiency of the judicial system and to upgrade the fight against corruption. Reforms shall strengthen the institutional and operational independence of key institutions such as the revenue administration and the statistics institute (Elstat).

Article 3

This Decision is addressed to the Hellenic Republic.

Done at Brussels, 19 August 2015.

For the Council
The President
J. ASSELBORN

RECHTSAKTE VON GREMIEN, DIE IM RAHMEN INTERNATIONALER ÜBEREINKÜNFT EINGESETZT WURDEN

BESCHLUSS Nr. 1 DES AUSSCHUSSES EU-KOREA „WARENHANDEL“

vom 28. Mai 2015

zur Festlegung der Bestimmungen für die Verwaltung und Umsetzung von Zollkontingenten [2015/1412]

DER AUSSCHUSS „WARENHANDEL“ —

gestützt auf das Freihandelsabkommen zwischen der Republik Korea („Korea“) einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits („die Vertragsparteien“ und „das Abkommen“), insbesondere auf Artikel 2.16, Artikel 15.2. Absatz 1 sowie Anlage 2-A-1 Nummern 2 und 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit Artikel 15.1 des Abkommens wird ein Handelsausschuss eingesetzt, der unter anderem das ordnungsgemäße Funktionieren des Abkommens gewährleistet und die Arbeit aller Sonderausschüsse überwacht.
- (2) Im Einklang mit Artikel 15.2 des Abkommens hat der Handelsausschuss Sonderausschüsse eingesetzt. Gemäß Artikel 2.16 des Abkommens ist der Ausschuss „Warenhandel“ einer dieser Sonderausschüsse.
- (3) Gemäß Anlage 2-A-1 Nummer 2 des Abkommens kann Korea für die Verwaltung und Umsetzung der Zollkontingente, die Korea auf der Grundlage des Abkommens auf bestimmte Waren mit Ursprung in der Europäischen Union anwendet, ein Versteigerungssystem verwenden. Die Ausgestaltung des Versteigerungssystems wird von den Vertragsparteien des Abkommens in gegenseitigem Einvernehmen durch einen Beschluss des Ausschusses „Warenhandel“ festgelegt.
- (4) Gemäß Anlage 2-A-1 Nummer 3 des Abkommens kann Korea bestimmte Zollkontingente mithilfe eines Lizenzvergabesystems verwalten und umsetzen. Im Ausschuss „Warenhandel“ einigen sich die Vertragsparteien über die Grundsätze und Verfahren des Lizenzvergabesystems, einschließlich über die Anspruchsvoraussetzungen für Einfuhrlicenzen im Rahmen von Zollkontingenten und über jegliche diesbezügliche Änderungen —

BESCHLIESST:

1. Die Zollkontingente, die Korea auf der Grundlage des Freihandelsabkommens zwischen der Republik Korea einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits auf bestimmte Waren mit Ursprung in der Europäischen Union anwendet, werden von Korea nach den im Anhang dieses Beschlusses festgelegten Bestimmungen verwaltet und umgesetzt.
2. Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Den 28. Mai 2015

Für den Ausschuss „Warenhandel“

Helena KÖNIG

Direktorin (m.d.W.d.G.b.)

Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission

Chang K. KIM

Generaldirektor für Handelspolitik

*Ministerium für Handel, Industrie und Energie der
Republik Korea*

ANHANG

BESTIMMUNGEN FÜR DIE VERWALTUNG UND UMSETZUNG DER ZOLLKONTINGENTE*Artikel 1***Zeitlicher Ablauf der Versteigerungen und Beantragung von Lizenzen**

- (1) Die Versteigerungen für Magermilchpulver, Vollmilchpulver, Kondensmilch und natürlichen Honig werden vor dem Einfuhrzeitraum durchgeführt (d. h. im Juni für die im Juli eröffneten Kontingente).
- (2) Die spezifischen Leitlinien der koreanischen *Agro-Fisheries & Food Trade Corporation* sehen vor, dass die öffentlichen Bekanntmachungen der Versteigerungen acht Kalendertage vor Ablauf der Frist für die Beantragung der Teilnahme an den Versteigerungen veröffentlicht werden.
- (3) Für Erzeugnisse, für die im Freihandelsabkommen Korea-EU keine Frist für die Beantragung einer Kontingentslizenz festgesetzt ist, sehen die spezifischen Leitlinien der für die Verwaltung der Zollkontingente benannten Stellen (im Folgenden „empfehlende Stellen“) einen Zeitraum für die Lizenzbeantragung von mindestens sieben Kalendertagen ab dem ersten Arbeitstag des Durchführungsjahres gemäß Anhang 2-A Nummer 5 des Freihandelsabkommens Korea-EU vor.

*Artikel 2***Kaution und Gebühren**

- (1) Für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beantragung der Zuteilung eines Zollkontingents im Wege der Versteigerung werden keine Verwaltungskosten oder Gebühren erhoben mit Ausnahme einer Kaution (des Betrags, der von den Bietern, die die Teilnahme an einer Versteigerung beantragen, gezahlt wird).
- (2) In den allgemeinen Anleitungen für die Bieter jeder Versteigerung wird vorgeschrieben, dass die Kaution den Bietern erstattet wird, sobald die normalen Verwaltungsverfahren dies nach Abschluss der Versteigerung gestatten.
- (3) Von Antragstellern, die eine Lizenz beantragen, wird keine Sicherheit oder Kaution verlangt.

*Artikel 3***Erteilung und Gültigkeit einer Empfehlung**

- (1) Die empfehlenden Stellen erteilen im Anschluss an eine Versteigerung oder einen Lizenzantrag eine Einfuhrempfehlung im Rahmen der Zollkontingente gemäß dem Freihandelsabkommen Korea-EU (im Folgenden „Empfehlung“).
- (2) Die Empfehlungen für die Antragsteller werden innerhalb von zwei Kalendertagen erteilt, sofern der eingereichte Antrag auf eine Empfehlung im Rahmen der Zollkontingente den Anforderungen für eine Empfehlung entspricht.
- (3) Eine Einfuhrempfehlung im Rahmen der Zollkontingente gilt für die Dauer von 90 Tagen. Die Gültigkeitsdauer kann um weitere 30 Tage verlängert werden, darf aber nicht über den letzten Tag des Durchführungsjahres gemäß Anhang 2-A Nummer 5 des Freihandelsabkommens Korea-EU hinausgehen.

*Artikel 4***Veröffentlichung von Informationen über die Verwaltung der Zollkontingente**

- (1) Die Leitlinien des Ministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und ländlichen Raum der Republik Korea (im Folgenden „MAFRA“) und die spezifischen Leitlinien der empfehlenden Stellen werden auf deren jeweiligen Websites veröffentlicht.
- (2) Die empfehlenden Stellen veröffentlichen auf ihren Websites regelmäßig Informationen, die u. a. die öffentlichen Bekanntmachungen für Lizenzanträge und Versteigerungen, die Lizenzvergabe- und Versteigerungszeiträume, die zugewiesenen Mengen, die für jedes Zollkontingent verfügbaren Restmengen und das vorgesehene Datum für den nächsten Versteigerungs-/Lizenzvergabezeitraum betreffen.
- (3) Die Basiskriterien für die Versteigerungen, einschließlich Teilnahmeberechtigung, Zahlung und Erstattung der Kaution, Versteigerungstermine, Versteigerungscode und Informationen finden sich in den spezifischen Leitlinien der *Korea Agro-Fisheries & Food Trade Corporation* oder in den allgemeinen Anleitungen für die Bieter jeder Versteigerung.

Artikel 5

Bestimmungen für die Zuteilung von Zollkontingenten

Die Leitlinien des MAFRA gestatten die Aufteilung der jährlichen Zollkontingentsmenge über das gesamte Jahr, indem diese Jahresmenge in mehrere Teilmengen aufgeteilt wird, deren Summe der jährlichen Zollkontingentsmenge entspricht. Die gesamte Zollkontingentsmenge für jedes Durchführungsjahr gemäß dem Freihandelsabkommen Korea-EU wird nicht verringert.

Verwaltung der Zollkontingente: Glossar

Empfehlende Stellen	Die für die Verwaltung der Zollkontingente benannten koreanischen Stellen: <i>Korea Dairy Industries Association, Korea Agro-Fisheries & Food Trade Corporation, Korea Feed Ingredients Association</i> und <i>Korea Feed Milk Replacer Association</i> Websites: Korea Dairy Industries Association (nur in koreanischer Sprache): http://www.koreadia.or.kr/ Korea Agro-Fisheries & Food Trade Corporation: http://www.at.or.kr/home/apen000000/index.action Korea Feed Ingredients Association (nur in koreanischer Sprache): http://www.kfeedia.org/main.html Korea Feed Milk Replacer Association (nur in koreanischer Sprache): http://milkreplacer.or.kr/
Kautiön	Betrag, der von den Bietern, die die Teilnahme an einer Versteigerung beantragen, gezahlt wird. Die Kautiön wird jedem Bieter unverzüglich nach Erteilung der das Kontingent betreffenden Empfehlung erstattet.
Empfehlung	Erteilung eines Einfuhrzollkontingents im Anschluss an eine Versteigerung oder einen Lizenzantrag.
Gültigkeitsdauer	Zeitraum, in dem eine Empfehlung für ein Einfuhrzollkontingent gültig ist.
Durchführungsjahr	Zwölfmonatszeitraum zwischen aufeinanderfolgenden Jahrestagen gemäß dem Freihandelsabkommen (1. Juli), für den im Freihandelsabkommen Korea-EU eine jährliche Zollkontingentsmenge festgesetzt ist.

ISSN 1977-0642 (elektronische Ausgabe)
ISSN 1725-2539 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE